

## Pressemitteilung

### **EU-Einfuhrstopp für brasilianische Tierprodukte – richtiges Signal, das konsequent umgesetzt werden muss**

Gleiche Standards für Importe wie für heimische Betriebe –  
LK OÖ fordert lückenlose Kontrollen und strenge Umsetzung

**Die Europäische Kommission hat angekündigt, Brasilien ab 3. September 2026 von der Liste jener Drittstaaten auszuschließen, die bestimmte tierische Produkte in die EU exportieren dürfen – solange die geforderten Nachweise nicht erbracht werden. Hintergrund sind fehlende Belege zum routinemäßigen Einsatz antimikrobieller Substanzen wie Antibiotika und Wachstumsförderer in der brasilianischen Nutztierhaltung. Betroffen sind unter anderem Rindfleisch, Geflügelfleisch und Eier. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich begrüßt diese Entscheidung als überfälliges und richtiges Signal. „Endlich werden unsere seit Jahren erhobenen Forderungen ernst genommen. Wer tierische Produkte in die EU exportieren will, muss nachweislich nach europäischen Standards produzieren. Das ist keine Frage des Protektionismus, sondern des gleichen Maßstabs für alle. Unsere Bäuerinnen und Bauern erfüllen jeden Tag strengste Auflagen bei Tierhaltung, Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit – es kann nicht sein, dass auf dem europäischen Markt Importware konkurriert, die unter Bedingungen produziert wurde, die bei uns seit Jahren verboten sind,“ erklärt LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger.**

#### **Einfuhrstopp als logische Konsequenz – keine Einzel- sondern Systemfrage**

Der angekündigte Einfuhrstopp ist keine Überraschung, sondern die logische Konsequenz aus einer Entwicklung, die die Landwirtschaftskammer OÖ seit Jahren verfolgt und kritisiert. Bereits im März 2026 hatte ein Skandal um mit dem Wachstumshormon Östradiol belastetes brasilianisches Rindfleisch – über 62 Tonnen, die in mindestens zehn EU-Staaten gelangten – gezeigt, wie brisant die Situation ist.

„Dieser Fall war kein Ausrutscher, sondern ein Symptom eines systemischen Problems: Die bestehenden Kontrollmechanismen reichen nicht aus, um europäische Konsumentinnen und Konsumenten zuverlässig zu schützen. Brasilianische Rindfleischproduzenten dürfen Mittel

und Methoden einsetzen, die in der EU und in Österreich seit vielen Jahren strikt verboten sind – und exportieren dann zu Preisen, die unsere Betriebe unter fairen Bedingungen niemals erreichen können“, so Waldenberger.

### **Lückenlose Kontrollen – an der Grenze und vor Ort**

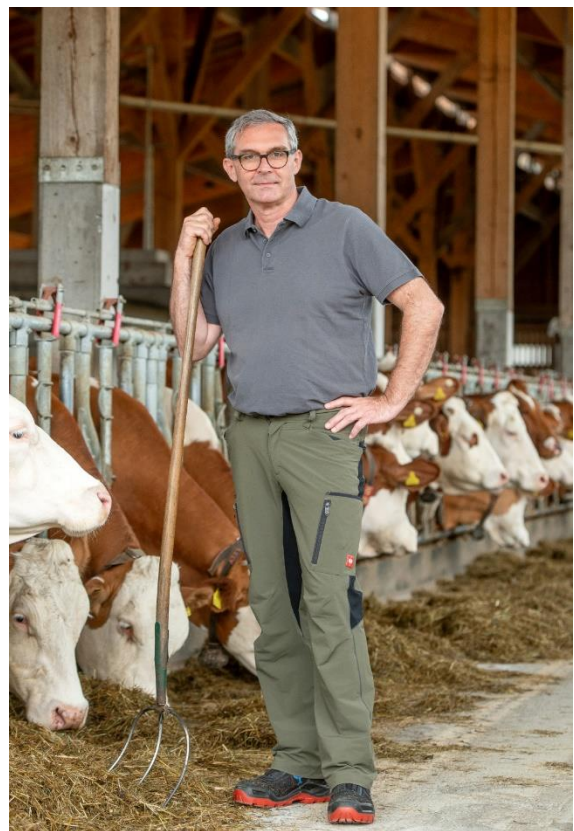
Für die Landwirtschaftskammer OÖ ist die Ankündigung der EU-Kommission nur ein erster Schritt. Entscheidend ist die konsequente Umsetzung. Ein glaubwürdiges Kontrollsystem muss nicht nur an den EU-Außengrenzen greifen, sondern auch vor Ort in den Erzeugerländern sicherstellen, dass europäische Standards tatsächlich eingehalten werden.

„Es braucht ein Kontrollsystem, das nachvollziehbar zeigt, wo, wie und unter welchen Bedingungen produziert wurde. Kontrollen der Standards, der Lieferketten und der Kontingente müssen Hand in Hand gehen. Nur so kann verhindert werden, dass unsere Bäuerinnen und Bauern durch unfaire Importbedingungen dauerhaft unter Druck gesetzt werden“, betont Waldenberger.

### **Mercosur-Abkommen: Grundproblem bleibt bestehen**

Der aktuelle Einfuhrstopp ändert nichts an der grundsätzlichen Kritik der Landwirtschaftskammer am EU-Mercosur-Abkommen. Laut Abkommen sollen jährlich bis zu 99.000 Tonnen zusätzliches Rindfleisch aus den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zollbegünstigt in die EU gelangen. Kritiker warnen seit Langem, dass dies vor allem bei Edelteilen den Preisdruck auf heimische Betriebe massiv verschärfen wird. Brasilien erlaubt außerdem weiterhin zahlreiche Pestizide und Tierarzneimittel, die in der EU verboten sind.

„Wir können nicht einerseits mit Mercosur die Märkte öffnen und andererseits darauf vertrauen, dass Kontrollsysteme alle Risiken auffangen. Solange die Produktionsbedingungen in den Mercosur-Staaten nicht europäischen Standards entsprechen, sind gleiche Wettbewerbsbedingungen für unsere heimischen Betriebe nicht gewährleistet“, stellt Waldenberger klar.



*Bildtext: „Wer in Europa verkaufen will, muss nach europäischen Standards produzieren – alles andere ist unfair gegenüber unseren Bäuerinnen und Bauern und ein Risiko für die Konsumenten“, erklärt Präsident Waldenberger. Bildnachweis: Landwirtschaftskammer OÖ, Abdruck honorarfrei*

**Kontakt:** DI Stephan Grasserbauer,  
T +43 50 6902-1330, E [medien@lk-ooe.at](mailto:medien@lk-ooe.at)